

DEMOKRATIE WERKSTATT



Jugendparlament

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten! Sonderausgabe

Freitag, 11. Dezember 2015

EIN ROTER TEPPICH



FÜR UNSERE IDEEN



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

WAS IST DAS JUGENDPARLAMENT?

Das Jugendparlament bietet die Möglichkeit für uns Jugendliche, den Ablauf der Gesetzgebung im Parlament kennenzulernen. Die Jugendlichen schlüpfen für einen Tag in die Rolle von PolitikerInnen und werden ein Gesetz zum Thema „Dislikes im Internet“, das Thema des heutigen Jugendparlaments, ausarbeiten.

Jugendliche aus der PTS Urfahr, dem BG/BRG/BORG Schärding, dem Akademischen Gymnasium in Linz, dem BRG Hamerlingstraße Linz und der HLW der Kreuzschwestern in Linz nehmen am Jugendparla-

ment teil. Die Aufnahmebedingung, die die SchülerInnen für die Teilnahme am Jugendparlament erfüllt haben, war ihre Meinung zum Thema „Was bedeutet Demokratie für dich?“ in einem Film, auf Fotos, als Werbung etc. zum Ausdruck zu bringen. Heute werden die SchülerInnen, die sich vier verschiedenen Klubs zugeteilt haben, einen Gesetzesvorschlag bearbeiten und in einer „Nationalrats-sitzung“ ein Gesetz beschließen.

Miriam



DER ERSTE TAG IM JUGENDPARLAMENT

Nach unserer Anreise aus Oberösterreich bekamen wir eine lange und ausführliche Führung durch das Gebäude. Danach wurden wir TeilnehmerInnen von Bundesratspräsident Gottfried Kneifel in der Säulenhalle empfangen. Weiters durften wir eine Nationalratssitzung, welche auch live im Fernsehen übertragen wurde, sehen. Nach einer kurzen Einleitung des Bundesratspräsidenten, beredeten die Teilneh-

merInnen im Sitzungssaal des Bundesrates das Thema des diesjährigen Jugendparlaments „Dislikes im Internet“.

Am Ende des Tages konnten die SchülerInnen an einem Buffet eine kleine Stärkung zu sich nehmen und fuhren anschließend in ihr Quartier.

Viktoria und Kerstin

AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum ersten Tag des Jugendparlaments

Kneifel: Demokratie muss sich weiterentwickeln

Bundesratspräsident wertet Jugendparlament als Mittel gegen demokratischen Stillstand

Wien (PK) – Bundesratspräsident Gottfried Kneifel ist deklariertes Fan des Jugendparlaments. Das verdeutlichte er am Vorabend des jüngsten Plenartags, bei dem Schülerinnen und Schüler aus dem Bundesratsvorstand Oberösterreich in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen. Anlässlich der Begrüßung aller TeilnehmerInnen unterstrich Kneifel, das Jugendparlament sei wichtig, um Demokratie zu üben, zu pflegen und weiterzuentwickeln, denn: "Stillstand in der Demokratie ist immer schlecht!". Das Parlament sei dafür der geeignetste Ort, gehöre das Hohe Haus doch jeder Staatsbürgerin und jedem Staatsbürger und werde durch die Mitwirkung der Bevölkerung lebendig.

Das Thema des Dezember-Jugendparlaments, "Dislikes im Internet", ist für Kneifel hochaktuell, denn es beschreibt ihm zufolge die negativen Auswirkungen der Digitalisierung. Bei den Debatten über die Gesetzesvorlage gelte grundsätzlich das Prinzip der freien Meinungsäußerung gemäß der europäischen Werte, bezog sich der Bundesratspräsident in einem Hintergrundgespräch mit oberösterreichischen SchülerInnen bereits auf die bevorstehenden Debatten. (Schluss)



EINFÜHRUNG AM BEGINN DES TAGES

Die Einteilung der einzelnen Klubs.

Am Anfang des Tages gab es nach der Begrüßung durch Nationalratspräsidentin Doris Bures eine kleine Einführung in den Ablauf des Jugendparlaments. Dabei wurde gesagt, was an dem Tag noch alles passieren wird. Kurz darauf wurden die einzelnen Klubs durch eine kleine Übung ermittelt. Die einzelnen Gruppen fanden sich dabei durch Zutei-

lung zu verschiedenen Schlagworten. Nach dieser Aufteilung begaben sich die vier Gruppen in ihre Klubräume, wo sie den Gesetzesvorschlag diskutieren und ihre Reden zum Abschluss des Tages vorbereiten werden.

Said und Elisabeth



Begrüßung durch Nationalratspräsidentin Doris Bures

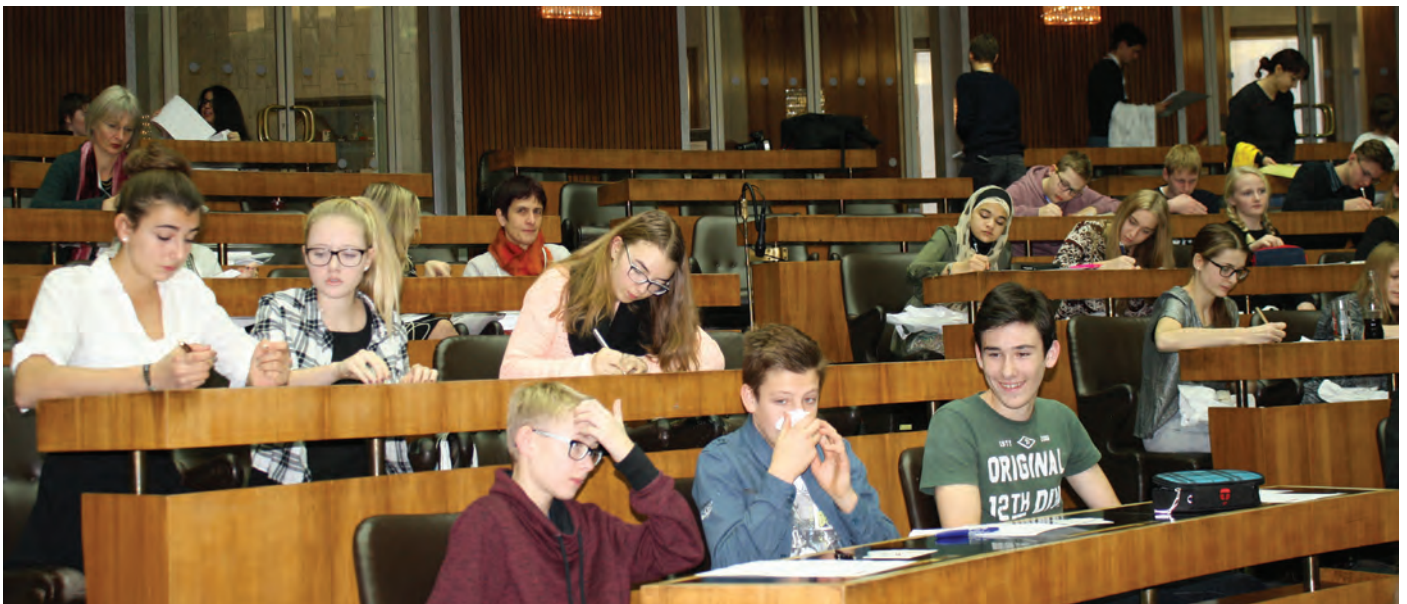
AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Auftakt des Jugendparlaments

Jugendparlament: Auftakt bei Fototermin mit Nationalratspräsidentin Bures

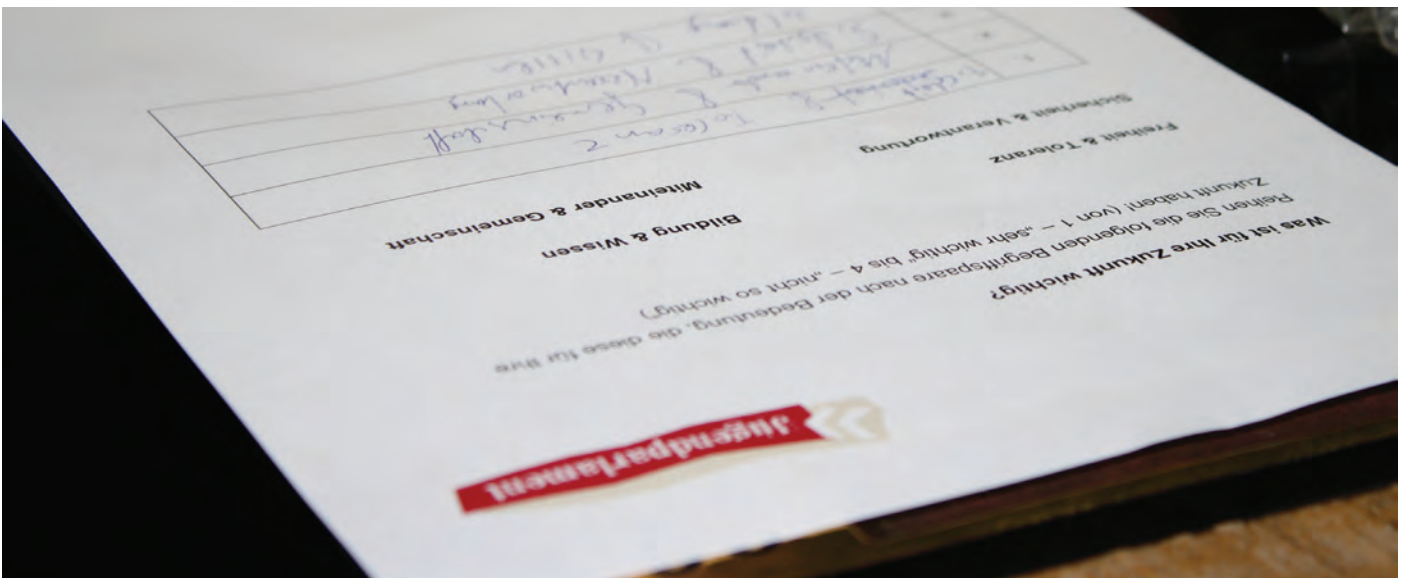
Oberösterreichische SchülerInnen starten in den Parlamentstag

Wien (PK) - Nationalratspräsidentin Doris Bures hieß heute früh die TeilnehmerInnen des Jugendparlaments bei einem Fototermin im Parlament willkommen. Gemeinsam mit Bures ablichten ließen sich SchülerInnen aus Linz (Akademisches Gymnasium, Klasse 5A; BRG Hamerlingstraße, Klasse 5M; HLW für Kommunikations- und Mediendesign der Kreuzschwestern Linz, Klasse 1ahlw; Polytechnische Schule Urfahr, klassenübergreifend P1, P2, P3, P4, P5, P6, P7) und Schärding (BG/BRG/BORG Schärding, Klasse 5G). Die Jugendlichen nutzten das Fotoshooting in der Säulenhalle des Hohen Hauses am Wiener Ring für zahlreiche Fragen über den parlamentarischen Alltag an die Nationalratspräsidentin, um kurz darauf selbst im Nationalratssitzungssaal die Rolle von Abgeordneten einzunehmen. (Schluss)



DIE TEILNEHMENDEN KLASSEN





WAS GEHT IM KLUB TÜRKIS VOR SICH?

Als wir den Klubraum der Türkisen betreten haben, wurde gerade besprochen, wenn man etwas im Internet hochlädt, dieses nicht mehr leicht zu entfernen ist, weil das Internet ein „Datenspeicher“ ist. Außerdem wurde der Gesetzestext gelesen und jeder konnte seine Meinung dazu äußern.

Ein Beispiel war, dass es als Problem betrachtet wird, wenn die Aussage „Der IS ist ein Haufen Idioten.“ eine Straftat ist.

Kurz bevor wir den Raum verließen, wurde über das Strafmaß anhand einiger Beispiele diskutiert.

Pia und Anna

UND WAS PASSIERT IM KLUB WEISS?

In der Zeit, in der wir im Klubraum von „Weiß“ waren, haben die Klubmitglieder die Funktionen besprochen und durch Wahlen verteilt.

Zum Vorsitzenden wurde Sebastian mit einer Mehrheit von zwei Stimmen gewählt.

Zur Pressesprecherin wurde Eva und zu ihrem Stell-

vertreter David bestimmt. Die Aufgabe, Ausschussmitglied zu sein, fiel auf Lucia, Katrin, Hannah und Laura. Ausschusssprecherin wurde ebenfalls Lucia und Schriftführerin wurde Laura.

Pia und Anna



EINDRÜCKE AUS DEN KLUBS



INTERVIEW MIT DEN EXPERT_INNEN

Bei den interessanten und aufschlussreichen Interviews mit zwei JuristInnen und einer Forschungsleiterin erhielten wir diese Antworten auf unsere drei Fragen:

Wir durften die ExpertInnen Claudia Lenz, Farsam Salimi und Christine Winkler-Kirchberger begrüßen und ihnen anschließend Fragen zum heutigen Tag stellen.

Zur Frage, worum es im Jugendparlament geht, erklärte Claudia Lenz, die sich seit 2012 mit dem Thema „Hassrede“ befasst, dass Jugendliche sich mit den Aufgaben und Verpflichtungen des Parlaments näher befassen sollen. Alle drei ExpertInnen stehen heute den Mitgliedern des Jugendparlaments zur Seite und beantworten die unzähligen Fragen der Jugendlichen.

Farsam Salimi, Mitarbeiter am Institut für Strafrecht

und Kriminologie, erklärte zum Thema „Was wird aktuell in den Klubs und Ausschüssen besprochen?“, dass sich die Mitglieder der verschiedenen Klubs, darunter Violett und Türkis, mit dem Thema „Dislikes im Internet“ auseinandersetzen. Zum Beispiel: Ab wann spricht man von Hassrede?

Christine Winkler-Kirchberger, ausgebildete Juristin und Mentorin, erzählte uns von der allgemeinen Aufgabe der ExpertInnen. Diese stehen den Jugendlichen an diesem Tag mit Rat und Tat zur Seite. Von jedem dieser Fachleute erhielten wir interessante Antworten!

Sophia und Magdalena



Dr.ⁱⁿ Claudia Lenz



Ass.-Prof. Mag. Dr. Farsam Salimi



Mag.^a Christine Winkler-Kirchberger



DER 1. AUSSCHUSS

Wir durften beim 1. Ausschuss dabei sein und konnten Eindrücke, Argumente, Standpunkte und verschiedene Meinungen sammeln.

Der Ausschuss begann mit einer Eröffnungsrunde mit Leonard Reder vom Klub Türkis und Lucia Herber vom Klub Weiß. Weitere Klubs äußerten sich ebenfalls zu den Aussagen durch Vertretung ihres Standpunktes und Vorstellung von Verbesserungsvorschlägen.

Die verschiedenen Klubs erklärten den Sachverhalt und gingen aufeinander ein. Ebenso wurden Punkte hinzugefügt und Sichtweisen ausdiskutiert. Beispielsweise fand Klub Violett den Ansatz der

anderen Klubs durchaus gut und konnte dennoch weitere Veränderungen zu den Vorschlägen hinzufügen.

Viel diskutiert wurde über den Unterschied zwischen konstruktiver Kritik und Hass. Aber auch Fragen, wie man konstruktive Kritik an eine Gruppe richtet, wurden besprochen.

Insgesamt war der Ausschuss sehr lebendig und erfolgreich – viele konnten ihre Meinung einbringen.
Carina und Sabrina



WORTGEFECHT IM AUSSCHUSS

Bei der Ausschusssitzung waren, je nach Größe des Klubs, unterschiedlich viele Ausschussmitglieder dabei.

Die Klubs vertraten insgesamt ähnliche Meinungen zum Thema, jedoch gab es bei Einzelheiten, wie der Bestrafung, unterschiedliche Ansichten.

Alle Fraktionen waren der Meinung, dass auch andere Gruppen, wie Homosexuelle, Menschen mit anderer Hautfarbe oder Religion in das Gesetz miteinbezogen werden sollten. Ein sehr umstrit-

tener Punkt war, ob ein „Ausrutscher“ erlaubt wäre und wenn ja, wie man diesen definieren könnte. Besonders hitzige Debatten gab es auch bei der Frage, wo die Grenze zwischen konstruktiver Kritik und Hassrede ist.

Wir fanden, genau wie der Vorsitzende, dass sich die Debatten im Kreis bewegten, und es fanden bereits hitzige Diskussionen zwischen den drei kleineren Klubs statt.

Miriam, Said und Elisabeth

AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments

Hate-Speech: Ab wann wird Online-Diffamierung strafbar?

Jugendparlament-Ausschuss diskutiert Sanktionierung von Hass-Postings

Wien (PK) – Angesichts des Anstiegs von Beschimpfung und Hetze gegen andere Menschen im Internet sieht die Regierung Handlungsbedarf. Mit einem Hate Speech-Gesetz will sie vor allem gegen Hasspostings in sozialen Medien vorgehen. Zu diesem Zweck soll der Verhetzungsparagraf im Strafgesetzbuch erweitert werden, sodass der Aufruf zu Gewalt beziehungsweise das Schüren von Hass gegen Personen wegen ihrer ethnischen Herkunft, wegen ihrer Weltanschauung oder wegen einer Behinderung nachdrücklich sanktioniert wird – insbesondere, wenn die Verhetzung im World Wide Web passiert.

Im Detail sieht der Gesetzesentwurf vor, dass eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren droht, wenn die Diffamierung öffentlich – also im Beisein von etwa zehn Personen - erfolgt, beziehungsweise wenn die beschimpfte Gruppe verächtlich gemacht oder herabgesetzt werden soll. Derzeit stellt das Strafgesetzbuch in diesem Zusammenhang auf eine zweijährige Haftstrafe ab. Wird die Hassrede über Printmedien, Rundfunk oder Internet einer breiteren Öffentlichkeit von mindestens 150 Personen zugänglich gemacht, strebt die Regierung mit ihrem Novellenvorschlag eine Erweiterung des Strafrahmens auf fünf Jahre an.

In der ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments stieß der Regierungsvorschlag für diese Novelle des Strafgesetzbuches zwar auf grundsätzliches Verständnis, in mehreren Bereichen sehen die Abgeordneten aber Änderungsbedarf im Gesetzesentwurf. Einig waren sich sämtliche Fraktionen, noch mehr Menschengruppen, als die im Gesetzesvorschlag angeführten, seien vor Hassrede zu schützen – beispielsweise Personen anderer sexueller Orientierung oder mit spezifischen Körpereigenschaften. Ebenso sei die Herabwürdigung von Menschen wegen ihres Geschlechts oder ihres Berufes zu strafen.

Diskussionsbedarf zu Strafhöhe und Definition von Hassrede

Beim Strafausmaß gingen die Meinungen im Ausschuss allerdings auseinander. So findet Weiß die vorgeschlagene Freiheitsstrafe von drei bzw. fünf Jahren zu hoch und plädierte für eine Kombination der Strafe mit Sozialarbeit. Sozialstunden nannte auch die Violette Fraktion als sinnvolle Methode, um eine Einstellungsänderung von HassposterInnen herbeizuführen, aber nur bei ErsttäterInnen. Für Gelb ist die Wiederholung der Tat entscheidend, ob eine öffentliche Herabwürdigung anderer Menschen bestraft werden soll. Nach Ansicht von Türkis besteht bei Mobbing generell eine Grauzone: die Grenze zwischen freier Meinungsäußerung und „Hate-Speech“ sei daher genauer im Gesetz zu definieren.

Viel Wirbel gab es bei der Frage, ab wann eine Beleidigung als Hassrede zählt. Gelb gab zu bedenken, einmalige Postings mit herabwürdigendem Inhalt würden oftmals leichtsinnige „Ausrutscher“ sein. Weiß konterte, im Internet gebe es keine unbeabsichtigten Einträge, daher seien auch ErsttäterInnen zu bestrafen, was Violett ähnlich sah - ein „Ausrutscher“ sei schwer zu definieren. Türkis meinte, eine unbeabsichtigte Äußerung könne eventuell noch toleriert werden, mehrmalige beleidigende Attacken müssten aber mit der vollen Härte des Gesetzes geahndet werden. (Schluss)





IMPRESSUM

**Eigentümer, Herausgeber, Verleger,
Hersteller: Parlamentsdirektion
Grundlegende Blattrichtung:
Erziehung zum
Demokratiebewusstsein.
Jugendparlament**



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Akademisches Gymnasium Linz - Klasse 5A
Spittelwiese 14, 4020 Linz

BRG Hamerlingstraße Linz - Klasse 5M
Hamerlingstr. 18, 4020 Linz

HLW des Schulvereins der Kreuzschwestern Linz - Klasse
1ahlw
Stockhofstr. 10, 4020 Linz

PTS Urfahr - Klassen P1, P2, P3, P4, P5, P6, P7
Hinsenkampplatz 3, 4040 Linz

BG/BRG/BORG Schärding - Klasse 5G
Schulstraße 3, 4780 Schärding

UNSERE UNTERSTÜTZER_INNEN - DIE ABGEORDNETEN



Katharina Kucharowits (SPÖ)



Eva-Maria Himmelbauer, BSc (ÖVP)



Petra Steger (FPÖ)



Julian Schmid, BA (Grüne)



Claudia Gamon, MSc (NEOS)

INTERVIEW MIT DEN ABGEORDNETEN

Zwei Abgeordnete aus dem Parlament wurden von SchülerInnen aus der HLW Linz interviewt.

Als Erste wurde Frau Kucharowits von der SPÖ gefragt, welche Rolle sie im Jugendparlament einnimmt. Sie erzählte uns, dass sie dafür zuständig ist, ihrer Gruppe von SchülerInnen Ratschläge für deren ersten Ausschuss zu geben. Dabei wurde sie von den ExpertInnen unterstützt. Danach folgten Wahlen zu den Positionen wie SchriftführerIn oder KlubvorsitzendeR bzw. deren StellvertreterIn. Bisher wurde in den Klubräumen diskutiert, ob die Gesetzesvorlage zu „Dislikes im Internet“ bzw. „Hassreden im Netz“ vollständig ist. Zusammen versuchen die Klubmitglieder, fehlende Punkte zu ergänzen. Anschließend führten unsere ReporterInnen ein

Gespräch mit Frau Steger von der FPÖ. Ihr wurden dieselben Fragen gestellt und sie antwortete ähnlich. Frau Steger versucht, ihre Erfahrungen als Abgeordnete den SchülerInnen näherzubringen. Zuerst wurden im Klub Violett die verschiedenen Rollen und Positionen, wie z.B. PressesprecherIn verteilt. Danach setzte sich die Gruppe mit dem Gesetzestext auseinander und diskutierte über ihre Meinungen zum Thema „Hate Speech“. Am Ende suchten sie noch einen gemeinsamen Grundsatz für ihren Klub.

Jan, Hannah und Lucia

KLUB GELB

Im Moment diskutiert Klub Gelb über die Änderungen des Strafmaßes, weil im Ausschuss gesagt wurde, dass die Bestrafung viel zu hoch wäre und man beim Strafmaß zwischen Gewalt und Beschimpfung unterscheiden müsse. Eine Idee war, das Strafmaß auf zwei Jahre zu verkürzen.

Die Streitereien zwischen den drei kleineren Klubs haben Auswirkungen auf die Stimmung von Klub Gelb, der etwas niedergeschlagen wirkt. Er wollte sich mit Violett zusammenschließen, die Verhandlungen sind aber leider gescheitert.

Elisabeth

KLUB TÜRKIS

Die Fraktion diskutiert über das Strafmaß und wie lange Freiheitsstrafen dauern sollen. Dabei wurde überlegt, Sozialarbeit oder Geldstrafen einzuführen und die Finanzierung der Therapiekosten für den Betroffenen vom Schuldigen einzufordern. Der Klub fordert eine Differenzierung zwischen Beschimpfung und Aufruf zur Gewalt und zusätzlich Prävention in Schulen und in Kindergärten ein. Weiters könnten sich die Türkisen vorstellen, eine Koali-

tion mit der Weißen Fraktion einzugehen.

Die Ziele des Klubs bestehen aus der gerechten Bestrafung der Schuldigen und der Änderung des Strafmaßes. Die Stimmung in der Türkisen Fraktion ist geprägt von sehr intensiver Diskussionsfreudigkeit. Die Mitglieder sind mit großem Eifer und Einsatz dabei, um eine konkrete Lösung zu erzielen.

Magdalena, Viktoria, Sophia und Kerstin

INTERVIEW MIT DEM DRITTEN NATIONALRATSPRÄSIDENTEN



Fragen an Ing. Norbert Hofer



DER ZWEITE AUSSCHUSS



KAMPFLOS GEWONNEN

Am zweiten Ausschuss nahmen Türkis, Weiß und Violett teil. Die Gelben sind zum Ausschuss nicht erschienen, da sie noch darüber entscheiden mussten, ob sie der Koalition beitreten oder weiterhin auf ihrer Meinung beharren. Die Sitzung wurde daher ohne sie begonnen. Das neue Gesetz wurde von

den Türkisen vorgelesen und einstimmig angenommen. Da die Gelben nicht erschienen sind, wurden sie „kampflos geschlagen“. Damit war der Ausschuss beendet.

Said



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur zweiten Ausschusssitzung des Jugendparlaments

Jugendparlament: Ausschuss erweitert Verhetzungsparagrafen

StGB-Novelle zu Online-Hassparolen am Weg ins Plenum

Wien (PK) – Hass-Postings im Internet dürfen nicht einfach hingenommen werden – darüber bestand Einigkeit bei der zweiten Ausschusssitzung des Jugendparlaments. Die Vorschläge der Regierung zur Neufassung des Verhetzungsparagrafen im Strafgesetzbuch, um öffentliche Hetze auch online nachdrücklich zu sanktionieren, stellten den Ausschuss aber nicht vollständig zufrieden.

Von den anwesenden Ausschussmitgliedern – die Gelbe Fraktion war bei der Sitzung nicht vertreten - wurde deswegen ein Abänderungsantrag der Klubs Türkis, Weiß und Violett einstimmig angenommen. Demnach wird festgelegt, dass öffentliche Beschimpfung, Verächtlichmachung oder Herabsetzung anderer Menschen nicht nur wegen ihrer Herkunft, Staatsangehörigkeit, Weltanschauung oder Behinderung strafbar ist, sondern auch aus Gründen wie Hautfarbe, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung. Das Strafausmaß wird abhängig vom Delikt stärker differenziert und reicht von 18 Monaten Freiheitsstrafe bei Beleidigung der gesetzlich genannten Menschengruppen bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe, wenn Hassreden über Printmedien, Rundfunk oder Internet einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren droht einem Urheber bzw. einer Urheberin von Gewalttaten, die gegen eine Person wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Menschengruppe verübt werden, heißt es in der Neufassung des Vorschlags zum Hate-Speech-Gesetz, der im Plenum zur Abstimmung kommt. (Schluss)



AUSSCHUSSBERICHT

10 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXV. GP

Bericht

des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (9 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (Hate Speech-Gesetz)

Vor allem im Internet hat die Beschimpfung und Hetze gegen andere Menschen zugenommen. Die Bundesregierung erachtet es daher für wichtig, aktiv gegen solche „Hate-Speech“ oder „Hass-Rede“ vorzugehen. Es müsse allen klar werden, dass das Verfassen von Hasspostings eine Straftat ist.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 11. Dezember 2015 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung präsentierten die Klubs ihre Standpunkte zur Gesetzesvorlage. Alle sprachen sich für die Hinzufügung weiterer Gruppen aus. Türkis und Violett sprachen die Abgrenzung zwischen freier Meinungsäußerung, Kritik und Hass an. Violett und Weiß kritisierten das hohe Strafmaß. Gelb stellte zur Diskussion, ob auch „einmalige Ausrutscher“ zu Verurteilungen führen müssen. Im zweiten Teil der Sitzung haben die Abgeordneten Benjamin **Winhart**, Seline **Unterwaditzer** und Kyra **Palisa** einen Abänderungsantrag eingebracht, mit dem weitere Gruppen hinzugefügt und die Strafdrohungen angepasst wurden. Außerdem wurde der Gesetzentwurf um eine neue Bestimmung ergänzt: Wenn der Aufruf zur Gewalt tatsächlich zu Gewalthandlungen führt, kommen höhere Strafdrohungen zur Anwendung.

An den Debatten beteiligten sich die Abgeordneten Leonard **Reder**, Lucia **Herber**, Kirstin **Wallner**, Seline **Unterwaditzer**, Johannes **Wallner**, Hannah **Wöß**, Katrin **Aflenzer** und Benjamin **Winhart**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf in der Fassung des oben erwähnten Abänderungsantrages einstimmig (nicht anwesend: Gelb) beschlossen.

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Lucia **Herber** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, das Jugendparlament wolle dem angeschlossenen **Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2015 12 11

Lucia Herber
Berichterstatterin

Mag. Martin Peyrerl
Obmann

IMPRESSIONEN VOM PRESSEGESPRÄCH



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Jugendparlaments.

Hasspostings: Bis zu fünf Jahre Gefängnis möglich

Jugendparlament verabschiedet einstimmig Hate-Speech-Gesetz

Wien (PK) – Hasspostings im Internet müssen nachdrücklicher sanktioniert werden, findet das Jugendparlament und verabschiedete heute einstimmig eine Strafrechtsnovelle, die den Verhetzungsparagrafen entsprechend erweitert. Die TeilnehmerInnen aus Oberösterreich, die auf Einladung von Nationalratspräsidentin Doris Bures diesmal das Jugendparlament bildeten, bekannten sich im Plenarsaal des Nationalrats deutlich zu ihrem Engagement gegen Online-Hassrede. Bei der Plenarsitzung unter Leitung des Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer machten die RednerInnen aller Fraktionen eines klar: Wer in welcher Form auch immer gegen andere Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Behinderung hetzt, kann sich nicht auf die Meinungsfreiheit berufen – denn Verhetzung sei ein Akt der Gewalt.

Die Regierungsvorlage zur Novelle des Strafgesetzbuchs (StGB), das Hate-Speech-Gesetz, hatte der Ausschuss des Jugendparlaments im Vorfeld in weiten Teilen geändert. Zum einen wurde der Kreis von Personen, die besonders vor Hetze zu schützen sind, erweitert, zum anderen adaptierten die JungparlamentarierInnen die Strafbestimmungen. Demnach drohen sechs Monate bis fünf Jahre Freiheitsstrafe, wenn ein Aufruf zur Gewalt tatsächlich zur Gewaltanwendung führt, drei Jahre, wenn es bei der Aufstachelung bleibt. Eine Obergrenze von fünf Jahren Haft sind wiederum im Strafrahmen für die Verbreitung von Hate Speech über Printmedien, Rundfunk oder Internet vorgesehen. Öffentliche Beschimpfungen von Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe sollen mit bis zu 18 Monaten Gefängnis geahndet werden.

In mehreren Entschließungsanträgen richteten die Jugendparlament-Abgeordneten der Regierung überdies aus, was sie an Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt im Internet und öffentliche Hassrede, auch in der Politik, erwarten und wie ihrer Meinung nach der Opferschutz bei derartigen Vergehen zu verbessern ist. Der Großteil dieser Anträge fand Zustimmung im Plenum.

Internet verbreitet Hetze schneller

Social Media ermögliche die schnelle Verbreitung von Hassparolen, gab Abgeordneter Leonard Reder (Türkis) in seiner Erklärung für den fünfjährigen Strafrahmen bei derartigen Delikten zu bedenken. Zumal Verhetzung einen Gewaltakt darstelle, wie Weiß-Mandatarin Lucia Herber betonte. Darin stimmte sie mit Seline Unterwaditzer (Violett) und mit Anna Gindl (Gelb) überein, wiewohl diese Mandatarinnen die Strafbestimmungen in der Novelle teilweise als zu streng befanden. Namens Türkis verließ Johannes Jerczynski seiner Hoffnung Ausdruck, dass bald auch die Möglichkeit zur Leistung von Sozialdiensten Eingang in die Strafbestimmungen zur Novelle findet, um TäterInnen zu einem Einstellungswandel zu bewegen.

Auf die im Gesetz ausgewiesenen Personengruppen, die vor Diffamierung zu schützen sind, gingen Katrin Aflenzer vom Klub Weiß und Benjamin Winhart von der Türkisen Fraktion im Detail ein. Winhart meinte dazu, schon aufgrund der aktuellen Migrationsbewegungen sei die Ausweitung der in der Originalvorlage genannten Gruppen notwendig gewesen. Martin Ou (Gelb) hielt fest, nicht nur die im Gesetz spezifizierten Gruppen seien eigentlich schützenswert, sondern alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder ihrer Religion, was Violett-Mandatarin Lena Kerschbaummayr sowie die Weiß-Abgeordneten Hannah Wöß und Laura Hegenberger bestätigten. Johannes Wallner (Türkis) merkte

Fortsetzung

zur Verteidigung der abgeänderten Novelle an, man habe nun die wichtigsten Gruppen in den Gesetzestext einbezogen.

Die Argumente für gesetzlichen Schutz vor Verhetzung, gerade im Internet, fassten die Abgeordneten Lorenz Schober (Türkis), Sebastian Pass (Weiß), André Wimhofer (Violett) und Oliver Böhm (Türkis) zusammen. Weil bei der Onlinekommunikation der direkte Kontakt zum Gesprächspartner fehlt, seien Grenzen des Vertretbaren leicht zu überschreiten, sagte Schober und Pass findet, jeder Mensch sei verantwortlich für seine Taten - die Jugend als Zukunft des Landes müsse bei der Nutzung neuer Medien mit gutem Beispiel vorangehen. Nach den schrecklichen Terrorattentaten von Paris, so Böhm, habe der Gesetzgeber alles zu tun, um Hetze zu stoppen, denn Meinungsfreiheit ende dort, wo Hetze beginnt, unterstrich Wimhofer.

Opferhilfe und Präventionsarbeit Herzensanliegen im Jugendparlament

Einstimmig angenommen wurde ein Allparteien-Entschließungsantrag zur Bereitstellung von Therapiemaßnahmen für Opfer von Hetzreden und Gewaltaufrufen. Die Kosten solcher Therapien sollten von den TäterInnen mitgetragen werden. Türkis-Abgeordnete Laura Feldbauer appellierte in diesem Zusammenhang an die Regierung, Opfer von Hate-Speech nicht alleine zu lassen.

Mehrheitliche Zustimmung im Plenum gab es für einen Weiß-Türkis-Antrag, der auf die Vermeidung diskriminierender und abwertender Sprache in der parteipolitischen Kommunikation abzielt. Wie Mandatar David Decker (Weiß) skizzierte, sollte innerhalb der nächsten zwölf Monate ein Kodex mit Vorgaben zur politischen Kommunikation erstellt werden. Als Schwerpunkte werden Diskriminierungsfreiheit, Menschenwürde und Toleranz erwartet. Von einer breiten Mehrheit getragen wurde auch eine von Jakob Mayr (Weiß) eingebrachte Forderung der Klubs Weiß, Gelb und Türkis, mit Informationskampagnen und Workshops an Schulen sowie Lehreinrichtungen mehr Bewusstsein über die Probleme von Hetzreden zu schaffen; ebenso verließ ein Weiß-Türkis-Aufruf das Jugendparlament, SchulleiterInnen zur Aufklärungsarbeit über Risiken und Gefahren von sozialen Medien zu verpflichten. Notwendig seien etwa entsprechende Workshops mit externen Fachleuten, drängte Sophie Holzschuster (Weiß). Moritz Himsl (Gelb) bekräftigte, je früher die Information über Gefahren von Hassrede bei Kindern und Jugendlichen erfolge, desto besser.

In der Minderheit blieb dennoch eine Initiative von Violett, in der Aufklärungsarbeit schon in den Volksschulen verlangt wird, wie Daniela Krebelder namens ihrer Fraktion schilderte. Ihr Fraktionskollege Laurenz Luger konnte mit seinem Plädoyer für Bewusstseinsbildung ab der ersten Klasse Volksschule auch keine Stimmenmehrheit für den Vorschlag erreichen. Ebenfalls abgelehnt wurde ein von Marlene Bauer (Türkis) präsentierter Vorstoß, mit Werbekampagnen im Rundfunk die Bevölkerung für die Folgen von Hate-Speech und Verhetzung zu sensibilisieren. (Schluss)







DER NEUE GESETZESTEXT

Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (Hate Speech-Gesetz)

Das Jugendparlament hat beschlossen:

Änderung des Strafgesetzbuches

Das Strafbuchgesetz, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 106/2014 wird wie folgt geändert:

§ 283 samt Überschrift lautet:

„Verhetzung

§ 283. (1) Wer öffentlich Menschen

1. aufgrund ihrer Hautfarbe, ethnischen Herkunft oder Staatsangehörigkeit,
2. aufgrund ihrer Weltanschauung oder Religion,
3. aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung oder
4. aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung

beschimpft und die Absicht hat, dass sie verächtlich gemacht oder herabgesetzt werden, ist mit Freiheitsstrafe bis zu 18 Monaten zu bestrafen.

(2) Wer öffentlich zu Gewalt gegen die in Absatz 1 genannten Menschen und Gruppen auffordert oder zu Hass gegen sie aufstachelt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

(3) Wer diese Taten in einem Druckwerk, im Rundfunk oder über das Internet begeht oder weiterverbreitet, sodass sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich werden, ist mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

(4) Wer durch eine Tat nach Abs. 1, 2 oder 3 bewirkt, dass andere Personen gegen eine in Abs. 1 bezeichnete Gruppe oder gegen ein Mitglied einer solchen Gruppe wegen dessen Zugehörigkeit zu dieser Gruppe Gewalt ausüben, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.“





ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **David Decker** (Weiß), Leonard Reder (Türkis) und Mariella Schilde (Weiß)

betreffend **Kodex für politische Kommunikation von Parteien**

Derzeit sieht man im öffentlichen Raum z.B. Wahlplakate, die gezielt diskriminierende Botschaften vermitteln. In der politischen Kommunikation soll aber eine solche diskriminierende und abwertende Sprache vermieden werden. Hierfür soll ein Kodex geschaffen werden, der Vorgaben für die politische Kommunikation von Parteien enthält.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, innerhalb der nächsten 12 Monate einen Kodex vorzulegen, der die politische Kommunikation von Parteien definiert, mit folgenden speziellen Schwerpunkten:

- Diskriminierungsfrei zu sein
- Menschenwürde
- Toleranz

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Oliver Böhm** (Türkis), Johannes Wallner (Türkis), Lorenz Schober (Türkis)

betreffend **aufklärender TV-Spot**

Mit einer öffentlichen Werbekampagne sollen Personen aller Altersgruppen auf die Folgen von Hate-Speech und Verhetzung aufmerksam gemacht werden. Dadurch soll dazu beigetragen werden, ein solches Verhalten zu verhindern.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Werbekampagne in Rundfunk und Fernsehen zu veranlassen, die auf die Folgen von Hate-Speech und Verhetzung aufmerksam macht und die Bevölkerung diesbezüglich sensibilisiert.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Daniela Krebelder** (Violett), Lena Kerschbaummayr (Violett), André Wimhofer (Violett)

betreffend **Aufklärung über das Thema Hetzreden ab der Volksschule**

Um Hetzreden und Gewaltaufrufen frühzeitig vorzubeugen, soll schon in der Volksschule mit der Aufklärung der Schülerinnen und Schüler begonnen werden.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Vorsorge zu treffen, dass ab der ersten Klasse Volksschule die Schülerinnen und Schüler im Unterricht über das Thema Hetzreden und Gewaltaufrufe aufgeklärt werden. In der Volksschule soll die Aufklärung im Rahmen des Normalunterrichtes erfolgen. In höheren Schulen soll ein eigenes Fach im Lehrplan dafür vorgesehen werden. Dementsprechend soll eine adäquate Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer vorgesehen werden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Sophie Holzschuster** (Weiß), Oliver Böhm (Türkis), Birgit Höglinger (Weiß)

betreffend **Medienkompetenzen an Schulen – Workshops von externem Personal**

Aufklärung und Bewusstsein von Jugendlichen – umso früher, umso besser! Initiativen betreffend Workshops und Aufklärungsarbeit in den Schulen unterstützen ein solidarisches Miteinander. Aus diesem Grund soll die Bundesregierung aktiv werden.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Erlass herauszugeben, der alle Schulen bzw. SchulleiterInnen verpflichtet, Workshops und Aufklärungsarbeit, gestaltet von externen ExpertInnen, durchzuführen. Der Schwerpunkt liegt dabei darauf, Risiken und Gefahren von sozialen Medien aufzuzeigen bzw. darüber aufzuklären.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Jakob Mayr** (Weiß), Lea Schwarz (Gelb) und Lorenz Schober (Türkis)

betreffend **Informationskampagne**

Weil in der Bevölkerung zu geringe Kenntnis über Probleme im Bereich von Hetzreden und Gewaltaufrufen herrscht, sollen als Gegenmaßnahme Informationskampagnen im Jahr 2016 verstärkt durchgeführt werden. Unterstützt sollen diese durch Workshops mit den betroffenen Gruppen – sowohl auf Gemeinde- als auch auf Bezirksebene sowie in Schulen und Lehrinrichtungen – werden.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Laufe des nächsten Jahres Informationskampagnen zum Thema Hetzreden und Gewaltaufrufe für alle Menschen in Form von Informationsveranstaltungen oder Workshops durchzuführen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Laura Feldbauer** (Türkis), Jessica Friedrich (Türkis), Seline Unterwaditzer (Violett), Kirstin Wallner (Gelb), Franziska Kierner (Weiß)

betreffend **Therapiemaßnahmen für Opfer von Hetzreden und Gewaltaufrufen**

Das Gesetz regelt die Bestrafung der Täterinnen und Täter. Um die Opfer auch bei der Bewältigung von psychischen Problemen zu unterstützen und sie nicht alleine zu lassen, sollen entsprechende Maßnahmen vorgesehen werden.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechende Therapiemaßnahmen für Opfer von Verhetzungen anzubieten. Für die Kosten solcher Therapien sollen unter anderem auch die Täterinnen und Täter aufkommen müssen.



DAS REPORTER_INNEN-TEAM

Dieses tolle Team hat für euch recherchiert, gefilmt, interviewt und geschrieben!



Sabrina Angerer



Jan Edelmüller



Elisabeth Goldinger



Sophia Heilmaier



Viktoria Jank



Kerstin Klaffenböck



Hannah Luksch



Said Musaev



Miriam Pühringer



Lucia Raab-Obermayr



Pia Schuster



Magdalena Stögmüller



Anna Tomaselli



Carina Weinreich